



Presseerklärung vom 23.10.2009

zur Erklärung der Landesregierung Baden-Württemberg über die geforderten Schutzzonen für Elektrosensible

Gesundheitsministerin brüskiert Elektrosensible

Mit Empörung hat das Aktionsbündnis für strahlungsfreie Lebensräume e.V. die Äußerungen der Gesundheitsministerin in Baden-Württemberg, Monika Stolz (CDU), zur Kenntnis genommen. Auf eine kleine Anfrage der grünen Landtagsabgeordneten Gisela Splett, verharmloste die Ministerin die zum Teil lebensunwürdigen Folgen der elektromagnetischen Strahlen, die insbesondere durch die Mobilfunkindustrie verursacht werden.

„Es ist ein Skandal, wenn die für Gesundheit zuständige Ministerin –selbst Ärztin– leugnet, dass es elektrosensible Menschen gibt.“ urteilt Patricia Fromm, Geschäftsführerin des gemeinnützigen Vereins „Aktionsbündnis für strahlungsfreie Lebensräume e.V. (kurz: AB-StrahL)“ Der erst kürzlich gegründete Verein setzt sich dafür ein, dass für elektrosensible Menschen und solche, die es nicht werden wollen, Gebiete eingerichtet werden, in denen sie frei von menschlich verursachter Mikrowellenstrahlung leben können.

Vor wenigen Wochen hat AB-StrahL den hochgradig elektrosensiblen Ulrich Weiner unterstützt, der sich wegen Störung von Telekommunikationsanlagen vor dem

Aktionsbündnis für strahlungsfreie Lebensräume e.V.

Amtgericht Freiburg verantworten musste, weil er –wie er sagt- in Notwehr einen Sender kurzerhand abgeschaltet hat. „Ich bin fassungslos! Ich habe mehrere ärztliche Gutachten, die beweisen, dass ich hochgradig elektrosensibel bin und sogar ein psychiatrisches Gutachten, das beweist, dass ich auch psychisch völlig gesund bin. Die Landesregierung verschließt die Augen vor der Realität und stempelt mich und alle anderen Elektrosensiblen als Spinner ab!“ so Ulrich Weiner, der seit Jahren in einem kleinen Wohnwagen in den wenigen verbliebenen Funklöchern lebt, aus denen er von den Behörden immer wieder vertrieben wird.

AB-StrahL lässt sich von der Ignoranz der Landesregierung nicht beirren und ruft stattdessen zu einer Demonstration in Stuttgart am 14.11.2009 auf.

Die Landesregierung behauptet unter Bezugnahme auf Auswertungen des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), dass sich lediglich 1,5 % der bundesdeutschen Bevölkerung als elektrosensibel bezeichnen. Diese Behauptung zeigt, dass die Landesregierung das Problem verharmlosen will. Das BfS hat längst veröffentlicht, dass es bereits 6 % der Bundesbürger sind. Das sind etwa 4,8 Millionen Menschen in Deutschland –Tendenz steigend.